

Frankenberger Tageblatt

Bezirks-  Anzeiger

Das Tageblatt erscheint an jedem Dienstag: Preis pro Seite 15.-
für St. James: bei Abholung in den Verkaufsstellen des Reichs 1.50 RM.
bei den Buchhandlungen des Reichs 1.65 RM., bei Bezug aus
dem Buchhandel 1.65 RM., bei Ritter gegen im Buchhandel 1.60 RM.
Wochenblatt 75 Pf. — Belegzettel 20 Pf.
Wiederholungszettel 20 Pf. — Sonderbelegzettel: Frankenbergs 2.
Schweizer 10. — Telegramme: Frankenbergs 2.

Werbeangebote: Der Werbeangebot ist die 30 min breite einfliegende Zeitung für Beträge von 20 Goldmark, für die 15 min doppelseitige Zeitung für 30 Goldmark, für die 10 min doppelseitige Zeitung für 40 Goldmark. Mindest 2 Seiten sind bei der Anzeige zu bestehen. Die Werte sind nach Bezeichnung 1 Seite Sonderseite. — Für kleinere Säulen und
für Repro-Schriften aufdringend. Bei größeren Anzeigen wird im Wiederholungsblatt Bezeichnung nach lebhafter Staffel.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Flöha, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Frankenberg und der Gemeinde Niederwiesa.
Rotationsdruck und Verlag: C. G. Rößler (Inhaber Ernst Rößler jun.) in Frankenberg. — Verantwortlich für die Redaktion: Ernst Rößler jun.

N 17

Montag den 21. Januar 1924 nachmittags

83. Jahrgang

Der Autonomieschwindel.

Mit dem Blutbad in Speyer war das Maß der Enttäuschung über das Treiben des separatistischen Verbündeten gefüllt, und zwar derart, daß nicht die einer furchtbaren Rache zum Opfer Gefallenen, sondern die von ihnen bewaffnete Bevölkerung Gegenland von Sympathiebezeugungen, nicht nur von deutscher Seite, wurde. General de Meix bezog zwar die Unverschämtheit, die Fabel von der Reichsmäßigkeit der Sonderbündner und Räuberreien durch eine besonders fekeliche Befreiung des „Freiburgs Frankreichs“ heinz unterstüzen zu wollen, aber die hohe Grausamkeit hatte mit der ganzen Pfalz das Empfinden aller politischen Nationen hinter sich, als sie ihre Beteiligung an dieser unverdienten Romsünde versagte. Glaubt der General als Protektor offenkundiger Vergewaltigungen irgendeuw und irgendwie die öffentliche Meinung der Welt im französischen Sinne beeinflussen zu können? Er muß sich doch sagen, daß er mit seinem herausfordernden Schritt Frankreich seinen Dienst geleistet hat und seine Rose als übermüdiger Sieger ohne Schlecht zu Gedächtnis steht, wo ein europäischer Kriegsgeist moralisch über ihm zu Gericht sitzt. Was Macmillan in der Abgeordneten des Unterhauses zum besten gegeben hat über die Auffassung des englischen Kabinets in der Pfalzfrage, kann ihm als der von Paris inspierten treibenden Kraft nicht verborgen bleiben sein.

Gegen diese mit allen Mitteln der Verdrückung und Entstellung arbeitende Unterdrückungspolitik meidet sich die Sendung des Generalkonsuls Clive, der, von Tiefards Schreit wie von seinem Schatten verfolgt, die Feststellungen über das Wesen der pfälzischen „Autonomie“ vorlässt. Was im „Echo du Rhin“ zu lesen ist, diesem Lügen-Monteur des französischen Oberbefehlschablers, muß überall Entstörung erwecken und steht auf derselben Stufe wie die 1808 während der Belehrung Berlins in der von den Franzosen unterhalteten Zeitung „Der Telegraph“ erschienenen Pamphlete. Nur Leute mit beträchtlicher Vergangenheit stellen sich damals wie heute in den Dienst des Feindes. Da der Pfalz pflegt man zwischen alten Habschern, neuen Habschern und „Habschern“ zu unterscheiden. Letztere Bezeichnung hat jetzt, im Gegensatz zu früher, einen totalen Beigeschmac bekommen. Es sind landesmilde, überberüchtigte Elemente, die in Verbindung mit obstruktiven Habschern eine Regierung über das Land anstreben. Nicht bei Ihnen sucht sich Clive Aufklärung, sondern bei dem Stamm der ungesuchten Bürgerlichkeit, bei den Geistlichen beider Konfessionen. Industrievertreter, Kaufleute, Landwirte, die sich willig einem Rechte durch den englischen Bevollmächtigten unterordnen, um der Weisheit über die herrschenden Zustände und die verschleierten Willensmeinungen die Ehre zu geben. Wichtig ist auch, daß die Landshutermeister, die unter französischem Druck sich zu einem „Treuhandtum“ im Sinne der Sonderbündner verstanden haben, nunmehr die Habschern abweichen und erklären, sie wollten nichts von der „Autonomie“ wissen. Das ergab ein anderes Bild als das mittels Erfassungsmethoden von den französischen Offiziellen hergestellte, und alle durch arglistige Retuschen erzielten Beeinflussungen wurden wegweisbar, als Clive und der Stab seines Bureaus umfangreiche Bemühungen vornahmen. Dabei kam an den Tag, daß noch jetzt einzelne autonomiefreudliche Rundgebungen dem Rezept der alten französischen Präfekturwirtschaft ihre Entstehung verbanden, indem die Gegenpartei von den Befreiungsmätern ausgeschlossen wurde. Wenn Clive das so gewonnene Beweismaterial, das die Sehnsucht der pfälzischen Bevölkerungswelt nach einem autonomen Staat ins Reich der Fabel verweist, seinen Austraggeber überantwortet, fragt es sich noch, ob das kommende neue Kabinett die von Macmillan abgesetzten Niederschläge der Pfalzpolitik sich zu eigen macht.

Auch liegt noch im Dunkel, welche praktischen Konsequenzen sich für die Engländer aus den Ergebnissen ihrer Enquête ergeben werden. Mit Parlamentsreden und Prognosen wird man allerdings keinen französischen Hand hinter dem Osen heraussuchen können. Das erhofft sich aus der Ansage des Generals de Meix, sein Ziel sei, die Pfalz von der Sklaverei Münchens und Berlins zu befreien, und die Erklärung des ehemaligen Poincaré in der Kammer, die Pfalz unterstehe nicht Berlin, sondern Bayern. Beide Neuerungen vertraten die Abspaltungstendenz, und der Premierminister setzte den Triumph mit der Behauptung daran, die separatistische Bewegung sei ein Werk eingeborener Elemente. Alles bleibt Alles, auch bei hundertjähriger Überholung. Seinen Grimme gegen England gab Poincaré ausdrücklich durch den Vormund, Lord Curzon habe die Untersuchung durch Clive unerwartet verlangt, und er stieg, sich des Eintrugs dieses Scheltes auf das Ausland wohl bewußt, die Absehung jenes Annexionabschluß hinzug mit der Befreiung, am Versäufsel Vertrag festhalten zu wollen. Das Gegenbild ist ein Schreibblatt für kleine Kinder und eine Rechnung auf die Reichtumshabigkeit der Zeitgenossen.

Sobald die offensichtliche Darstellung der Clivischen Untersuchungen vorliegt, wird man Poincarés hantabende Hände daran halten müssen, um ihren Abschied von der Weisheit zu erkennen. Der Reparationskommission scheint dagegen das Konzept einigermaßen verhakt zu sein; denn bis

hat die Sitzung, in der die Anerkennung der von den separatistischen „Regierung“ getroffenen Vergnügungen behandelt werden sollte, plötzlich verschoben. Der Oberkommissar Tiefard will vielleicht, da sie der belgischen Stimme nicht ganz sicher ist, die Entscheidung auf die lange Bank schieben und sich inzwischen Institutionen aus Paris holen. Das dürfte um so zweckmäßiger sein, als die nach Köln entstandenen Gegenspieler, die beiden französischen Spieler des Offiziers, mit leeren Händen zu ihrem Auftraggeber heimgekehrt sind. So bedarf ein Stück nach dem anderen von dem Autonomieschwindel ab. — nd.

Dreimännerkonferenz über die französische Antwort.

Die politische Aussprache über das französische und belgische Memorandum hat nunmehr an der Berliner auständigen Stelle begonnen, und zwar zunächst in Form einer eingehenden Besprechung zwischen dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann und dem deutschen Geschäftsträger in Paris Herrn von Hoech sowie dem deutschen Geschäftsträger in Brüssel Herrn Mödiger. Diese Aussprache hat am Freitag stattgefunden, und in ihr sind die zahlreichen technischen Einzelfragen, um die es sich bei den beiden Memoranden handelt, einer gründlichen Untersuchung unterzogen worden. Der Charakter der beiden Memoranden als Zusammensetzung einer großen Reihe Debatte bringt es überhaupt mit sich, daß die politische Behandlung dieser Frage im wesentlichen im Außenministerium selbst durchgeführt wird. Die neuen Schritte in dieser Angelegenheit beschlossen werden, wird sich selbstverständlich auch das Kabinett annehmen, als Manz es mit dieser Frage zu befassen haben.

Zurückhaltung in Berlin.

Zur Beurteilung der politischen Situation, wie sie sich nach den Eindrücken des Herrn von Hoech aus Paris darstellt, ist es notwendig, auch die letzte Rede Poincarés heranzuziehen. Wenn schon kurz nach dem Bekanntwerden des Inhalts der beiden Memoranden aus Kreisen, die die Regierung nachsehen, darüber gewarnt wurde, die Situation, die sich aus diesem Rotenwechsel ergibt, optimistisch zu beurteilen, so bestätigt gerade die Rede Poincarés die Richtigkeit einer solchen skeptischen Haltung. Man kann zwar im allgemeinen beobachten, daß der Ton, in welchem die französische Regierung sich an uns wendet, gegen früher gewisse Aversionen aufweist. Aber die sachlichen Forderungen Poincarés haben sich dennoch nicht geändert, und es liegen keinerlei Anzeichen dafür vor, daß darin ein Wandel zu erwarten sei. Zusammenfassend kann nur gesagt werden, daß die Zurückhaltung und die Skepsis, die gegenüber der von Paris eingesetzten englischen „Verständigungskommission“ herrschen, noch wie vor ihrer Geltung behalten.

Im Zusammenhang mit dem Vorstehenden wird in politischen Kreisen die Neuübersetzung der beiden Dokumente in Paris und Brüssel sehr erörtert. Man redet nach wie vor damit, daß Herr von Hoech wahrscheinlich noch in diesen Tagen zum Botschafter in Paris ernannt werden wird, und als solcher Anfang nächster Woche nach Paris zurückkehren dürfe. Es muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß diese Frage noch nicht vollständig geklärt ist und daß blühende Verhandlungen der Reichsregierung in dieser Erennung heute noch nicht vorliegen.

Die englisch-französische Pfalzabrechnung. Ein französischer Bericht über Clives Untersuchungen.

Daily News zufolge droht die Frage der englisch-französischen Beziehungen akut zu werden, wenn der Bericht Clives über die separatistische Frage in der bayerischen Pfalz in London vorliegt. Dem Berichtsteller des Blattes in Koblenz zufolge wird sich der Bericht Clives sicher gegen die französische Behauptung wenden, daß die separatistische Bewegung ein spontanes Produkt des Willens der dortigen Bevölkerung sei. Alle der Berichtsteller weiter meldet, werde der französische Beamte, der Clive begleite, einen eigenen Bericht veröffentlichen.

Die Rheinlandkommission, die ihre Entscheidung über die Verordnungen der sogenannten pfälzischen Separatistengesetzgebung treffen sollte, hat ihre Beschlussschrift fertiggestellt. Eine Kompromißlösung, die darin bestehen sollte, daß die Rheinlandkommission auf eigene Initiative eine Verordnung über die Arbeitslosenunterstützung erlassen sollte, ähnlich der von den Separatisten angekündigten Regelung, ist den alliierten Regierungen zur Genehmigung unterbreitet worden.

Die Forderungen der Pfalz.

Eine von Vertretern der gesamten pfälz-

ischen Bevölkerung unterzeichnete Denkschrift an die Rheinlandkommission stellt folgende Forderungen auf:
1. Schutz der verfassungsmäßigen Rechte der Bevölkerung und Schutz der persönlichen Eigentums-, 2. sofortige Auflösung aller durch die Separatisten vorgenommenen Verhaftungen und Ausmeßungen, 3. vollständige Wiederaufstellung einer geordneten Nachspionage und Verwaltung durch die Unterbindung der separatistischen Zwangsgerichte sowie Entfernung der Separatisten aus allen Beamten- und öffentlichen Ämtern, 4. völlige Entwaffnung des Separatisten und Herstellung des verfassungsmäßigen Zustandes auf Grund des Artikels 5 des Rheinlandabkommen.

Poincarés Konstitutive Reparationsplan

Die Kammerrede des französischen Ministerpräsidenten 26 Goldmillarden gefordert. — Allerlei Pfalzfügen.

In der Freiglasung der französischen Kammer steht Poincaré eine gehörige Rede, in der er die französische Politik im Ruhegebiet und in der Pfalz verteidigte. Die französische Regierung ist mit Belogen darüber einig, daß Ruhegebiet nur im Verhältnis und nach Maßgabe der deutschen Zahlungen zu räumen. Belgien habe vielleicht die Befreiung anderer Länder in Erwägung gezogen, Frankreich habe aber geglaubt, die Pfländer müßten zu denen hinzukommen, die man in der Hand habe, nicht aber an deren Stelle treten.

In der Pfalz

sel die Lage eine ganz andere als in den übrigen Gebieten. Die Pfalz untersteht nicht Berlin, sondern Bayern. Die pfälzische Bewegung ist das spontane Werk eingeborener Elemente und aus örtlichen Gründen erwachsen. Eine ungeheure Ergriffenheit. (D. Red.) Eine Gemeinschaftorganisation (!) habe sich trotz des feierlichen Versprechens der deutschen Regierung in Helmstedt gebildet, um Unruhen in der Pfalz hervorzurufen. Die Vereinigung „Treuhand“ habe sich bemüht, Attentate gegen die Separatisten und gegen die Bevölkerung vorzubereiten. — Über einen „konstitutionellen Reparationsplan“ führt Poincaré folgendes aus: „Wir verlangen einen

Mindestbetrag von 26 Milliarden Goldmark auf die Gütekasse A und B. Die Sachverständigen der Reparationskommission werden nach Abschluß ihrer Arbeiten mitteilen, welche Zahlungen Deutschland nach ihrer Ansicht für eine reelle Verletzung zu leisten imstande ist. Die Reparationskommission wird hierauf entsprechende Beschlüsse fassen und den Betrag der Jahresleistungen Deutschlands bis zum Jahre 1926 festsetzen. Gleichzeitig wird sie sich vergewissern, wieviel Anteile, die durch den Ertrag der ergriffenen Pläne gedeckt sind, aufgenommen werden können. Die französische Regierung ist der Ansicht, daß ein Teil dieser Anteile Deutschlands zu seiner finanziellen Wiederaufrichtung überlassen werden dürfe, daß sie aber zum größten Teil zum Zweck der Reparationen Verwendung finden müßten.“

Die Tagesordnung Brausse,

die in zwei Abstimmungen zur Abstimmung gelangte und eine Vertrauenskundgebung für die Regierung enthielt, wurde sodann in ihrer Gesamtheit von der Kammer angenommen. Der erste Teil, der folgendermaßen lautet: „Die Kammer heißt die Erklärungen der Regierung, insbesondere die über die Ruhrbefreiung gut“, wurde angenommen mit 446 gegen 122 Stimmen bei 568 Abstimmenden. Der zweite Teil, der lautet „und drückt das Vertrauen aus, um ihre Politik der nationalen Rettung weiter zu verfolgen und geht zur Tagesordnung über“, kommt mit 445 gegen 126 Stimmen bei 571 Abstimmenden zur Annahme. Die Annahme des gesamten Tages erfolgte durch Handaufheben.

Lösung der Post vom Reichshaushalt.

Ein Postfinanzgesetz ist in Vorbereitung und soll dem Reichstag gleich nach seinem Wiedergesammlertreffen vorliegen werden. Es beinhaltet die Schaffung einer finanziellen und geschäftlichen Selbstständigkeit der Reichspostverwaltung. D. h. ihre Loslösung vom allgemeinen Reichshaushalt. In Verbindung mit dieser neuen gesetzlichen Regelung stehen die Verordnungen, die der Reichspostminister Dr. Hoepli in den letzten Tagen mit der bayerischen und württembergischen Regierung geführt hat. Es wurde eine grundzähige Vereinbarung zwischen der Reichspostverwaltung und den genannten Regierungen erzielt, die etwa in der Richtung geht, daß abgesehen von den Beamten- und Tariffragen, deren Regelung nach wie vor dem Reichspostminister vorbehalten bleibt, der Betrieb der Reichspostverwaltung vom Reich, Bayern und Württemberg gemeinsam erhalten werden soll, wobei den beiden genannten Bändern Eigentumsrechte an der Post zugestanden werden.

300 Millionen Kredit für die Reichsbahn

Demnächst werden der Reichsverkehrsminister und der Reichspostminister durch eine besondere Verordnung die Gemäßigung erhalten, hypothekarisch sichergestellte Anteile aufzunehmen, um ihren Geldbedarf zu decken. Für die Gemäßigung und